

**Inserate**  
werden angenommen  
in Bosen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.  
H. H. Schell, Hoflieferant,  
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,  
Otto Risch, in Firma  
J. Henmann, Wilhelmplatz 8.  
Verantwortliche Redakteure:  
F. Nachfeld für den politischen  
Theil, A. Beer für den literari-  
schen Theil, in Bosen.

# Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

**Inserate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Bosen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
H. H. Schell, Hoflieferant u. Pöglers & Co.  
J. Henmann & Co., J. Henmann  
Verantwortlich für den  
Inseratenthell:  
J. Klugkist  
in Bosen.

Nr. 810

Freitag, 18. November.

1892

## Politische Uebersicht.

Bosen, 18. November.

Die Aussichten der Miquel'schen Ergänzungs- d. h. Vermögenssteuer sind sehr dunkel. Die konservative Fraktion will diesen schönen Gedanken erst erörtern, wenn der Weg, die Unterscheidung zwischen fundirtem und Arbeits Einkommen und die Deckung des durch den Wegfall der Realsteuern entstehenden Ausfalls durch Zuschläge auf das fundirte Einkommen unter Zugrundelegung des Einkommensteuergesetzes herbeizuführen, sich als ungangbar erweist. Die Freikonservativen haben, wie schon telegraphisch gemeldet, die Vermögenssteuer angeblich gegen 15 Stimmen abgelehnt. Die Nationalliberalen sind nach der „Nat.-Ztg.“ theils für die Vermögenssteuer, theils für eine Erbschaftsteuer, theils für eine besondere Besteuerung des fundirten Einkommens im Rahmen der Einkommensteuer. Das Zentrum, über dessen Haltung die „Germania“ sich ängstlich ausschweigt, soll mehr der Vermögenssteuer zuneigen. Daß die Freisinnigen die Vermögenssteuer nach der Vorlage einstimmig ablehnen, ist bekannt. Daß die nationalliberale Partei eine erweiterte Erbschaftsteuer, gewissermaßen als Sprungtuch, falls Herrn Miquel ein Unglück passiert, bereit halten, stellt die „Nat.-Ztg.“ in Abrede. Das kommt später.

Generallieutenant z. D. von Boguslawski, der Kandidat der Nationalliberalen im Wahlkreise Sagan-Sprottau, hat unter dem Titel: „Die Parteien und die Heeresreform“ eine Broschüre herausgegeben, die vor dem Bekanntwerden der Militärvorlage geschrieben ist, in der er aber nachschriftlich seine Befriedigung darüber konstatirt, daß er sowohl mit deren Begründung, wie mit den Absichten der Militärverwaltung übereinstimme. Wie werden die Nationalliberalen sich freuen, daß ihr Kandidat bei der Reichstagswahl unterlegen ist und sie nicht die Freude haben, daß Herr v. Boguslawski als nationalliberales Mitglied des Reichstags ein Herz und eine Seele mit der Militärverwaltung ist.

Im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg setzen die Behörden die Bemühungen, freisinnigen Versammlungen zu verhindern, mit ungeschwächten Kräften fort. Für vorgestern war eine freisinnige Versammlung in Alt-Schöningsbruch angekündigt im Lokale des Herrn Töpfer. Als die Versammlung beginnen sollte, ließ der Amtsvorsteher Gohlke in Gottschimmersbach den Einberufenen erklären, die erteilte Beiseinigung, daß die Versammlung vorschriftsmäßig angemeldet, sei ungültig, weil die Anmeldung für das Lokal des Herrn Pötter erfolgt sei. Es war nämlich auf den Einladungen zu der Versammlung irrtümlich Pötter anstatt Töpfer gedruckt, während auf der Anmeldung selbst das Lokal des Herrn Töpfer richtig als Ort der Versammlung bezeichnet war. Selbstverständlich wird gegen das Verfahren des Amtsvorstehers Beschwerde erhoben; inzwischen ist aber die Versammlung glücklich vereint.

Es ist erfreulich, wahrzunehmen, wie sich an verschiedenen Orten der gesunde Sinn des Bürgerthums der ihm lieb und weith gewordenen Realgymnasien annimmt. In einer Stadt der Westprovinzen hat das Kuratorium eines Realgymnasiums auf geführte Anfrage erklärt, es wolle lieber auf den Staatszuschuß (von 7000 M.) verzichten, als auf die Umwandlung der Anstalt in eine lateinlose Anstalt eingehen. In Kolberg ist von den Stadtverordneten der Antrag auf Umwandlung der Realgymnasialklassen verworfen worden. In Neisse haben die Wähler zur Stadtverordnetenversammlung Direktor Gallien, den natürlichen Vertreter und Vertheidiger des Realgymnasiums mit 3 Gefinnungsgegnern in die Stadtvertretung gewählt. In Götlich soll die Anfrage eingetroffen sein, ob man nicht eine Oberrealschule errichten wolle. Inzwischen hat dort die Petition um Erhaltung der Realgymnasialklassen schon über 500 Unterschriften gefunden, darunter viele Namen vom besten Klang.

Der Panamaprozeß ist nun trotz allen Widerstandes, welchen ihm der Ministerpräsident und selbst der Präsident der Republik entgegengestellt hat, in Fluß gekommen. In der persönlichen Umgebung des Präsidenten der Republik ist diesmal allerdings nicht wie damals, Skandal zu befürchten, um so nachdrücklicher weist man hingegen auf das Parlament hin — von der Presse ganz zu geschweigen. Den Anfang des unberechtigten Gewinnantheils, welcher in die Taschen einflussreicher Persönlichkeiten geflossen ist, ermißt man annähernd, wenn man die Berechnung sieht, welche der Liquidator der Panamagesellschaft aufgestellt hat. Von den 1300 Millionen, die das einfältige Publikum eingezahlt hat, sind, wie die „Wes. Ztg.“ ausführt, nur 443 auf den eigentlichen Kanalbau verwendet worden und selbst diese unter

Umständen, welche den Oberstaatsanwalt berechtigen, die gerichtliche Verfolgung gegen verschiedene Bauunternehmer vorzuschlagen. Bekanntlich hat der Justizminister auch das Strafverfahren gegen einen dieser Herren gebilligt. Man sagt, es sei Eiffel, der Erbauer des vielgenannten Thurmes, der in der That unter ganz außerordentlichen Umständen am Panama kollaborirt hat. Als „allgemeine Unkosten“, das heißt als Kosten für Publizität und ähnliche Zwecke sind 327 Millionen eingestanden. Ein hübscher Posten! Der Wilsonprozeß war Rinderspiel gegen den Skandal, der jetzt auszubrechen droht. Betäubend ist bei alledem die Rolle, welche Herr Lefseps, der „große Franzose“ spielt. Raub wirft ihm wohl niemand vor; dies wäre schändliche Ungerechtigkeit. Die Familie Lefseps hat von den Milliarden, die durch ihre Hände geflossen sind, nicht mehr zurückbehalten, als sie für ihre Thätigkeit beanspruchen durfte. Aber pour la gloire hat der große Franzose so unverantwortlich gesunkert, daß ihm nicht nur eine schwere moralische, sondern auch eine strafrechtliche Verantwortung zweifellos zufällt. Letztere allerdings wird durch den Umstand erleichtert, daß seine meisten Delikte — bestehend in unglaublich kühnen Vorspiegelungen — meistens schon verjährt sind. Zu den Motiven der Staatsraison, die gegen den Prozeß sprechen, kommen noch gewichtige Bedenken auswärtiger Politik: die Herren v. Lefseps sind Verwalter der Suezgesellschaft; kommen sie vor Gericht, so müssen sie ihren Posten verlassen; England dürfte dann rasch bei der Hand sein, die Stellen mit seinen Leuten zu besetzen und die Gesellschaft, deren Aktien zumeist schon in seiner Hand sind, ganz in Beschlag zu nehmen. Was das für Frankreich und für die Mittelmeerfrage bedeuten würde, brauchen wir nicht auseinanderzusetzen. Unter den entschiedenen Gegnern des Prozeßes befand sich daher der Minister des Auswärtigen, Herr Ribot. Herr Carnot selber trat aus seiner gewohnten Reserve heraus und erklärte, nachdem er eine Anzahl angelegener Parlamentarier zu Rathe gezogen hatte, seinen persönlichen Willen, das Strafverfahren abzustellen. — Alle diese guten Vorsätze und Aeußerungen einer gewiß schätzbaren Staatsraison sind nun durch den Justizminister Ricard zu nichte gemacht worden. Weshalb? Der unbändige Trieb zur Gerechtigkeit, welcher den Siegelwart besetzt, ist erst erwacht, seitdem die Kammermajorität jenen Beschluß über die Abschaffung der gerichtlichen Privilegien faßte, welcher direkt auf Herrn von Lefseps abzielte; und dieser Beschluß selber entsprang, wie bekannt, einer Furcht der Volksvertreter vor den geprellten Wählern. Herr Ricard kann am Abend des heutigen Tages sprechen: „Nun wirke fort, Unheil, du bist im Zuge, nimm welchen Lauf du willst!“

Zur Orientirung sei noch Folgendes mitgetheilt: Die Société du canal interocéanique du Panama wurde am 3. März 1888 mit einem Nominalkapital von 300 Millionen (600 000 Aktien von je 500 Fr.) gegründet. Die Anleihen, welche die Gesellschaft aufnahm, folgten rasch aufeinander, und im Juni 1888 war die finanzielle Lage folgende:

Gesellschaftskapital	300 000 000 Fr.
5prozente Obligationen	109 875 000 „
3 „	171 000 000 „
4 „	158 969 871 „
6 „	(1. Serie) 206 460 900 „
6 „	(2. „) 113 910 280 „
6 „	(3. „) 35 000 000 „
Zusammen	1 094 716 051 Fr.

Damals erwirkte die Gesellschaft vom Parlament die Erlaubniß, eine neue Anleihe von 720 Millionen in Form von Loosobligationen aufzunehmen, von denen aber nur 305 Millionen gezeichnet wurden, so daß über 1400 Millionen in das Unternehmen gesteckt worden waren. Schon im Dezember 1888 war die Lage wieder unhaltbar geworden und neuerdings suchte die Gesellschaft um die Unterstützung der Kammer nach. Der damalige Finanzminister arbeitete einen Gesetzentwurf aus, welcher der Gesellschaft gestattete, die Verzinsung ihrer Obligationen während dreier Monate einzustellen, allein das Abgeordnetenhaus verwarf den Antrag. Da verlangte Herr v. Lefseps vom Pariser Zivilgericht die Ernennung der Administratoren der Gesellschaft, in welcher Eigenschaft die Herren Denormandie, ehemaliger Gouverneur der Bank von Frankreich, Baudelot, ehemaliger Präsident des Pariser Handelsgerichts und der Liquidator Hue bestellt wurden, welche eine Anleihe vermitteln sollten, um die Fortsetzung der Arbeiten zu ermöglichen. Die Bemühungen dieser Herren blieben erfolglos und am 5. Februar ordnete das Pariser Zivilgericht die Auflösung der Gesellschaft an und ernannte den ehemaligen Minister Brunet zum Liquidator, der mittlerweile durch Herrn Mouchicourt ersetzt worden ist. Ein Gesetz vom

17. Juli 1889 erlaubte dem Liquidator, die noch nicht untergebrachten Loosobligationen zu einem beliebigen Preise zu verkaufen, was aber den endgiltigen Zusammenbruch der Gesellschaft nicht zu verhindern im Stande war.

Die Anlagen, welche gegen den hochbetagten und in Wirklichkeit am wenigsten verantwortlichen Erbauer des Suezkanals und dessen Mitschuldige erhoben werden, betreffen die ungerechtfertigten Ausgaben für Maschinen und Bauten, die zum Theil nicht geliefert bzw. durchgeführt wurden.

Im Palais Bourbon wirkte die Nachricht von der bevorstehenden Verfolgung sehr ernüchternd auf die drei boulangistischen Abgeordneten Pontois, Gauthier und Argeliès, welche vorher einen ganz unbändigen Muth an den Tag gelegt hatten und ihre Interpellationen für den Donnerstag in den heftigsten Ausdrücken ausgearbeitet hatten.

## Deutschland.

□ Berlin, 17. Nov. Großfürst Wladimir von Rußland ist seit heute Nachmittag der Gast unseres Kaisers, der ihn zur Jagd in der Gohrde eingeladen hat. Der Großfürst hat bisher immer als die am meisten deutschfreundliche Persönlichkeit am Barenhofe gegolten. Umso mehr überraschte es, daß eine wesentliche Rolle ihm beim Zustandekommen des sagenhaften französisch-russischen Vertrages zugeschrieben wurde, wovon der „Matin“ gemeldet hatte. Möglich ist schon, daß der Besuch des Großfürsten Wladimir als Widerlegung jener Gerüchte gedeutet werden soll. Mit den gebotenen Einschränkungen betrachtet, haben Freundlichkeitsreise wie die Reise des Zarewitsch nach Wien und die eines anderen Großfürsten nach Berlin immerhin einige Bedeutung. Fatal genug ist freilich, daß gleichzeitig mit diesen Akten der Courtoisie die Bestätigung der russischen Absicht kommt, die Zollverhandlungen mit Deutschland abzubrechen und den gegen uns gerichteten erhöhten Zollsatz alsbald einzuführen. — Auf dem Berliner Katholikentage erklärte der Direktor der „Germ.“, Girund, daß das Zentrum bei den nächsten Reichstagswahlen wohl „hier und da einen Wechsel in den Personen vornehmen“ könne, gewählt werde aber immer wieder ein Zentrumsmann werden. Wenn diese Aeußerung nicht ohne alle Beziehung und ohne Bedeutung sein soll, kann sie nur den Sinn haben, daß die Mehrheit der Zentrumsfraktion schon jetzt sich über die Ausscheidung gewisser Elemente aus der parlamentarischen Vertretung klar geworden ist. Welche Elemente das sind, braucht wohl kaum erst gesagt zu werden.

Der Bundesrath genehmigte in der am 15. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung die Entwürfe zum Reichshaushalt-Etat für 1893/94: über den Reichs-Invalidenfonds, über die Einnahmen an Zöllen, Verbrauchssteuern und Aversen, über die Einnahmen an Stempelabgaben, der Post- und Telegraphenverwaltung, der Verwaltung der Eisenbahnen, der Reichs-Justizverwaltung, für den Reichszentraler und die Reichsanstalt, des Auswärtigen Amtes, des Reichsamts des Innern, des Reichsfinanzamts, des Reichs-Eisenbahn-Amtes, des Rechnungshofs und der Reichsdruckerei. Der Antrag Bayerns, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Gewerbeordnung (Gewerbebetrieb im Umherziehen), wurde den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen überwiesen. Dem Antrage, betreffend die Abänderung der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands und dem Entwurf einer vom Reich mit der österreichisch-ungarischen Regierung zu treffenden Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands einerseits und Oesterreichs und Ungarns andererseits rücksichtlich der bedingungsweise zur Beförderung zugelassenen Gegenstände wurde die Zustimmung erteilt. Einer Eingabe wegen Herstellung einer Bezirks-Fernsprecheinrichtung für Köln und Umgegend beschloß die Versammlung keine Folge zu geben.

Der aus der Bismarck'schen Zeit herrührende Praxiß, die Privatversicherungs-Gesellschaften nach Möglichkeit zu zirkularisieren, will der Minister des Innern ein Ende machen. Er hat die kompetenten Behörden angewiesen, neue Gebäudetagen bei der Feuerversicherung von Gebäuden bei einer Privatgesellschaft nur in besonderen Fällen zu veranlassen. Die Forderung von neuen Tagen in jedem Falle sei durch das Bedürfnis der Ueberwachung des privaten Feuerversicherungswezens nicht geboten. „Vielmehr, schreibt der Minister, kann durch eine derartig rigorose Ausübung der gelegentlichen Präventivkontrolle der Schein erweckt werden, als ob das staatliche Aufsichtsrecht gegen die privaten Versicherungs-Gesellschaften gemißbraucht werde.“ Sehr richtig.

Auf die Eingabe an den Reichszentraler Grafen Caprivi, in welcher der Verwaltungsausschuß der deutschen Geschichts- und Alterthums-Vereine die Einstellung einer Summe von 50 000 Mark zur Ausführung historischer Grundkarten erbat, ist, wie der „Volks-Ztg.“ mitgetheilt wird, folgender Bescheid des Kriegsministers und des Unterrichtsministers eingegangen:

„Auf die an den Herrn Reichszentraler gerichtete, durch das



königl. Staatsministerium hierher gelangte Eingabe, deren Karten-Anlagen anbei zurückzufolgen, erwidern wir dem Verwaltungs-Ausschuß nach Anhörung der königl. Akademie der Wissenschaften hierseits ergebenst, daß wir die angestrebte Herstellung historischer Grundkarten als ein förderungswertes Unternehmen anzuerkennen geneigt sind, gleichwohl aber angeht, daß der dem vorgelegten Plane entgegenstehenden Bedenken und beim Angedachten gezeigten Forderungen zur Zeit davon absehen müssen, den Anträgen des Verwaltungsausschusses weitere Folge zu geben.

Wie wohl dem Kriegsminister, bemerkt hierzu die „Volks-Ztg.“, zu Muth sein mag, wenn er in einem Augenblick, wo 65 Millionen Mark Mehraufwand für militärische Zwecke erfordert werden, bekennen muß, daß für ein „förderungswertes“ wissenschaftliches Unternehmen nicht der zwanzigste Theil einer Million zur Verfügung steht?

Der Abg. Drowe, der freisinnige Kandidat im Reichstagswahlkreise Arnswalde-Friedeberg, hat bei einem Besuche des Wahlkreises das Unglück gehabt, sich einen Armbruch zuzuziehen. Er ist gestern Abend nach seinem Gute abgereist. Wenn irgend möglich, beabsichtigt Herr Drowe, der sich im Wahlkreise zahlreiche Freunde erworben hat, sich den Wählern vor dem Wahltag doch noch persönlich vorzustellen.

Der sozialdemokratische Parteitag lehnte in der letzten Sitzung mit allen gegen 5 Stimmen den Antrag, am 1. Mai kommenden Jahres absolute Arbeitsruhe eintreten zu lassen, ab. Die Majorität, welche gegen den Antrag stimmte, betrug 235 Stimmen. Alsdann wurde beschlossen, am 1. Mai eine bloße Feier zu veranstalten. In der Debatte betonten die Genossen v. Rollmar und Weber die Unmöglichkeit, gegenüber den Folgen des Kontraktbruchs die gesamte Arbeiterschaft zur vollständigen Arbeitsruhe am ersten Mai zu veranlassen.

Samburg, 17. Nov. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft wurde vom Senat das Budget für 1893 überreicht. Dasselbe schließt mit einem Fehlbetrag von 4 278 886 M. ab.

## Zur Choleraepidemie.

**Maßregelung gegen die Einschleppung der Cholera durch den Flößereibetrieb.** Unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten Staatsministers Dr. v. Götzer fand dieser Tage, wie die „Nstb. Br.“ meldet, im Oberpräsidialgebäude zu Danzig eine Sitzung statt, der die Vertreter der Kaufmannschaft sowie die der Handelskammern von Elbing und Danzig beizuhören. Ebenso wenig wie bei den Sitzungen in Bromberg und Thorn wurden in der hiesigen Sitzung endgültige Beschlüsse gefaßt, sondern es fanden nur informatorische Besprechungen unter den Holzinteressenten statt. Der Antrag der Danziger Interessenten ging dahin, daß die Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung der Cholera durch die fremdländischen Flößer im kommenden Frühjahr in erheblicher Weise als in diesem Jahre getroffen werden müßten. Von einer völligen Sperrung der Grenze wie dem geplanten Austausch resp. Wechsel der Flößermannschaften möge man absehen, da die hierdurch erwachsenden Kosten enorm hoch sein würden. Bromberg habe sich abweichend von den anderen interessierten Städten mit dem Austausch der Flößer unter gewissen Bedingungen einverstanden erklärt. Feste Beschlüsse wurden auch in der Danziger Konferenz nicht gefaßt, zumal die ganze Angelegenheit zur Zeit noch höheren Orts zur Entscheidung vorliegt. Doch ist wohl schon in nächster Zukunft eine diesbezügliche Entscheidung zu erwarten, nachdem jetzt die Interessenten der beteiligten Städte des Weichselgebiets gehört worden.

Im Stromgebiet der Weichsel ist vom 1. bis 15. November auf den ärztlichen Untersuchungsstellen unter 63 174 Personen kein einziger Fall einer choleraverdächtigen oder Choleraerkrankung mehr festgestellt worden.

Krafsau, 17. Nov. In Oswiecim ist die sanitäre Revision der Reisenden und des Gepäcks wieder aufgehoben worden.

Antwerpen, 17. Nov. Die Quarantäne für Schiffe mit

Herkunften von jeder Art ist aufgehoben worden. Die hier einlaufenden Schiffe unterliegen fortan nur einer einfachen ärztlichen Untersuchung.

Belgrad, 17. Nov. Gestern ist hier ein Arbeiter unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt und in das Baraden-Hospital transportiert worden.

## Aus dem Gerichtssaal.

\* Berlin, 17. Nov. [Prozeß Oberwinder.] Gegen den Verlagsbuchhändler Oberwinder, Verleger des „Volk“, hat heute vor der IV. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I ein Prozeß begonnen, der ein Nachspiel zum Buschhoff-Prozeß bildet. Oberwinder hat eine Broschüre über diesen Prozeß und die Unterjuchung des Kantener Knabenmordes herausgegeben, welche nach der Anklage Beleidigungen der Mitglieder des Gerichtshofes in Cleve, vor welchem s. Z. die Verhandlungen in Sachen des Kantener Knabenmordes stattgefunden, insbesonderheit des Untersuchungsrichters Landgerichtsrath Brinius und des ersten Staatsanwalts Baumgardt enthält. Es wird dem ersten Staatsanwalt Baumgardt und dem Landgerichtsrath Brinius der Vorwurf gemacht, daß die Unterjuchung gegen Buschhoff geführt worden sei, nicht um die Wahrheit zu ermitteln, sondern um die Unschuld Buschhoffs darzutun. Außerdem wird behauptet, daß eine Belastungszeugin gegen Buschhoff, die sich im Dezember 1891 vor der Strafkammer des Clever Landgerichts wegen Mißhandlung einer Jüdin zu verantworten hatte, zu einer unbillig hohen Strafe verurtheilt worden sei, weil sie als Belastungszeugin gegen Buschhoff aufgetreten sei. Dem Staatsanwalt Baumgardt wird vorgeworfen, daß er beim Verhör die Belastungszeugen barisch behandelt und dieselben dadurch verwirrt. Ferner sind darin Nachlässigkeiten und Parteilichkeiten bei der Unterjuchung behauptet.

Der Angeklagte will bei der Herausgabe der Broschüre nicht vom Judenthume geleitet gewesen sein, sondern nur die in Kantener Angelegenheiten wiedergegeben haben. Er sucht seine Behauptungen an Beispielen zu belegen unter Wiederholung aller schon bekannten Thatsachen. Er habe sich nur zum Anwalt des beleidigten Rechtsbewußtseins gemacht. Er selbst halte Buschhoff nicht für einen Verbrecher, glaube auch nicht an einen Ritualmord, aber er wisse, daß es überall abergläubige Menschen giebt, welche aus Aberglauben Verbrechen begehen.

Der Vorsitzende bemerkt dem Angeklagten, daß ihm sicher kein Mensch verbieten könne, wenn er Buschhoff zum Gegenstand einer Broschüre machen wolle; wenn aber der Angeklagte dem ersten Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter Befangenheit hätte zum Vorwurf machen wollen, so hätte er dies zweifellos ohne Beleidigungen thun können. Der Angeklagte kenne offenbar die Akten nicht, denn diese beweisen, daß der Erste Staatsanwalt keine Maßnahmen keineswegs einseitig ergriffen habe. Er wisse gewiß gar nicht, daß der Staatsanwalt verlangt habe, die Anklage nicht nur gegen Buschhoff, sondern auch gegen dessen Frau und Tochter zu erheben. Die beschließende Strafkammer habe aber die Erhebung der Anklage gegen Frau und Tochter abgelehnt. Der Staatsanwalt habe sich damit aber keineswegs beruhigt, er habe vielmehr Beschwerde bei dem Oberlandesgericht in Köln erhoben und erst nachdem dies erfolglos geblieben, mußte die Freilassung der Frau und des Mädchens erfolgen. Wichtig sei es ja, daß der Erste Staatsanwalt von Anfang an der Ansicht gewesen ist, daß Buschhoff der Thäter nicht ist; er habe auch von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Geschichte vom Ritualmord ein Unfug sei. Diese Anschauung habe durch den Prozeß doch ihre volle Bestätigung gefunden durch das Gutachten der einwandfreien Sachverständigen. Es sei klar erwiesen, daß es sich um gar keinen Schächterschnitt handelte, sondern um den ungeschickten Schnitt eines anderen Mannes gehandelt habe.

Der Angeklagte beharrte auf der Richtigkeit seiner Behauptungen und läßt sich über die Motive der die Unterjuchung führenden Herren aus.

Staatsanwalt Stechow erklärt ausdrücklich: Alles, was derselbe bezüglich des Ganges der Unterjuchung und die Thätigkeit der an der Unterjuchung Beteiligten gesagt hat, ist nur halb richtig oder unrichtig!

Staatsanwalt Baumgardt, welcher als erster Zeuge vernommen wird, weist die gegen ihn erhobene Beschuldigung einer barischen Behandlung der Belastungszeugen, sowie eine Säumnigkeit bei seinen Maßnahmen gegen Buschhoff zurück. Er habe unmittelbar nach Bekanntwerden des Mordes Affessor Cläß nach Kantener geschickt und auf Grund des Berichtes desselben zuerst auf den geisteskranken Oheim des Ermordeten Verdacht gehabt. Von einem Verdacht gegen Buschhoff war erst später die Rede. Sofort nach Eintreffen der Akten habe er sich nach Kantener begeben und die genaueste Untersuchung in Buschhoffs Hause angestellt. Allerdings habe er dann seinerseits Verdacht gegen einen anderen jüdischen Händler gehabt, der bald nach der That aus Kantener verschwunden gewesen sei. Gegenüber anderen Vorwürfen behaupte er, daß er so lange und so oft in Kantener gewesen sei, wie er es für nöthig gehalten habe. Er sei zuerst zwei Tage dort gewesen, konnte aber ohne den Bürgermeister, der nicht anwesend gewesen, nichts thun. Er sei dann am 9. oder 11. Juli wieder dort gewesen und habe dann beschlossen, einen Detektiv dorthin zu senden.

Staatsanwalt Baumgardt machte eingehende Mittheilungen über den Gang der Unterjuchung und über die Gründe der ersten Haftentlassung Buschhoffs. Er gab dabei der Ueberzeugung Ausdruck, daß ohne die künstlich von außen hineingetragene Erregung über die Haftentlassung das spätere gerichtliche Verfahren in voller Ruhe verlaufen wäre. Das später zu Tage gekommene Material habe vor der Haftentlassung noch nicht vorgelegen. Erst nach dieser seien durch eine kriminalistische Kombination des Kommissars Wolff neue Momente hinzugekommen. Der Zeuge macht die eingehendsten Mittheilungen über Ort und Zeit der von ihm vorgenommenen Untersuchungen und betont wiederholt, daß nirgend ein belästigender Anhalt sich ergeben habe. Zeuge erklärt, daß er von seinem Bildungsstande aus überhaupt nicht an einen Ritualmord geglaubt habe. Da aber die Andeutungen nach dieser Richtung hin immer mehr überhand nahmen, habe er es für seine Pflicht gehalten, um Alles zu erschöpfen, auch nach dieser Richtung hin Erhebungen zu veranlassen. Der Zeuge bezieht sich für seine Ansicht auf das bekannte Gutachten des Medizinalkollegiums zu Köln. Ein Beifitzer fragt den Zeugen, ob er sich für verpflichtet gehalten habe, nachdem der Vorsitzende des Gerichtshofes die von dem Geschworenen v. Loß angeregte Unterfrage in Betreff der Beihilfe oder Anstiftung gestellt, nun seinerseits eine solche Frage zu stellen. Der Zeuge erwidert, daß dazu die Verhandlung keine Thatsachen ergeben habe.

Landgerichtsrath Brinius tritt der thathätlichen Darstellung des Vorzuges in allen Punkten bei. Auch er erklärt, nur seine Pflicht und Schuldigkeit gethan zu haben. Er bestreitet, daß das Warten seines Schwiegersohnes, R.-M. Fleischauer als Vertheidiger des Buschhoff, ihn irgendwie befangen gemacht habe. Er habe auf Grund der öffentlichen Angriffe die Entscheidung der Strafkammer unterbreitet; die Strafkammer habe ihn auch nicht für befangen erachtet, es aber doch, um allen falschen Schein zu vermeiden, für angezeigt gehalten, daß er von der Unterjuchung zurücktrete.

Der nächste Zeuge, Kaplan Dresser, bestreitet, das Material zu der Broschüre geliefert zu haben. Er habe großen Einfluß auf den „Kantener Boten“; aus diesem Blatte haben nun antisemitische Blätter, mit denen er in gar keiner Verbindung stehe, Artikel abgedruckt und dieselben mit Berufung auf seine Person ausgestattet. Der Zeuge wird darüber vernommen, ob ihm vom Ersten Staatsanwalt Baumgardt ein Artikel für den „Boten“ überhandt worden sei, der Unrichtigkeiten enthalte und dazu habe dienen können, die Sache zu verdunkeln. Der Zeuge erklärte, daß er in zwei Punkten diesen Bericht nicht für richtig gehalten habe, namentlich nicht einen Passus, welcher sagte, daß die Unterjuchung auch keine Spur von Anhalt für die phantastischen und abentheuerlichen Geschichten bezüglich des Ritualmordes ergeben habe. Diesen Passus in dem Bericht habe er gestrichen, da nach den ihm gewordenen Mittheilungen die Blutlache, die bei der Leiche gefunden worden, nicht den ganzen Blutverlust des Kindes darstellen könnte.

Bürgermeister Schleich aus Kantener weiß nichts von einem Auftreten des Zeugen Baumgardt gegen Mülbers. Wichtig sei es, daß man in Kantener manches über ungenügende Unterjuchung und unzureichende Hausjuchung gesprochen habe. Dem Oberstaatsanwalt

## Kleines Feuilleton.

\* „Heinrich Scham, vordem Budor genannt“ und die Dresdener Polizei. Wir haben unseren Lesern in der letzten Zeit einige Male kleine ergötzliche Geschichten aus der Thätigkeit des Herausgebers der „Dresdener Wochenblätter“ erzählt, der zuerst der Seidelberger Universitäts sein Doktordiplom zurücklieferte, die weil alzuvielen Doktores der Weltweisheit im Grunde doch eigentlich recht thörichte Geistes seien und darauf der Welt die Mittheilung machte, daß er sich hinfort nicht mehr Budor, sondern Scham nennen werde. Die neueste Nummer der Budor-Schamischen Zeitschrift meldet:

Die Historie von dem Plakat der „Dresdener Wochenblätter“.

Vor einigen Wochen ließ ich, um das etwas matte Gewissen meiner Dresdener Mitbürger anzustacheln, den folgenden Anschlag drucken:

Halt!

Die jetzigen Zustände sind nicht mehr haltbar. Ueberkultur und Afterkultur, Unsitlichkeit und Krankheit, Alkoholisismus und Fleischfreßthum, Eiteljucht und Geldsucht, Niedergang der Tagespresse, Verfall der Brillerei und Schablonenthum, Bureaokratisismus und staatliche Almseligmacherei — das sind die Hauptübelstände, an denen wir leiden: Frage sich ein Jeder, welches Bad er zu tragen hat. Dem gegenüber müssen wir zur Natur zurück, zur Einfachheit zurück, zur Reinheit zurück und zur Wahrheit und Freiheit voran! Wir müssen uns wiedergebären von Grund aus. Alles muß sich ändern. Keine halbe Reform — etwas Ganzes thut noth! — Und es giebt eine Zeitschrift, welche dafür eintritt. Ohne Fögern greife ein Jeder, der noch Gewissen hat, zu und halte sich die „Dresdener Wochenblätter für Kunst und Leben“ u. s. w.

Ich schickte darauf den Anschlag an das Plakat-Institut Ed. Geude, das mir sogleich mittheilte, es müsse denselben erst an die Polizei zur Prüfung schicken, kurze Zeit später aber schrieb, die Polizei habe die Erlaubnis, den Anschlag anzubringen, verweigert. Da ich mir von diesem Anschlag besonders viel versprochen hatte, gab ich mich mit diesem Bescheid nicht zufrieden, schrieb vielmehr an die Polizei wie folgt:

Lug ins Land, 24. Sept. 1892.

An die Rgl. Polizei-Direktion,

Dresden.

Das Plakat-Institut Ed. Geude theilt mir mit, daß Ihr das Anbringen eines Anschlages an die Plakat-Säulen nicht gestattet habt. Nachdem ich darüber nachgedacht habe, was Euch hierzu veranlaßt haben könnte, und das, was vielleicht Eueren Anstoß erregt hat, entfernt, bezugsweise geändert habe, sende ich Euch mit dem Beifolgenden den Anschlag in der neuen Fassung, und bitte Euch, mir mitzutheilen, ob Ihr das Anbringen an den Plakat-Säulen nunmehr gestattet, im verneinenden Falle aber zu äußern, warum Ihr es nicht gestattet.

Euer Euch schätzender

Heinrich Budor,  
Herausgeber der „Dr. W.“

In der neuen Fassung waren einige Abänderungen an dem Auftrage vorgenommen. Heinrich Scham fährt dann in seiner Lebensgeschichte folgendermaßen fort:

„Hierauf erhielt ich ein Papier, laut dessen Inhalt ich aufgefordert wurde, mir persönlich Bescheid zu holen. Dies that ich denn auch und fand mich an Ort und Stelle ein, wo mir der Polizei-Referendar Böhm im Auftrage mittheilte, daß die Polizei — er las ab — auch den neuerdings überlieferten Anschlag in seinem ganzen Inhalt für „ungeeignet“ halte, an den Säulen angeschlagen zu werden, daß ich selbst aber mich in meinem Schreiben an die Polizei nicht des familiären „Ihr“, sondern des üblichen „Sie“ bedienen sollte. Höflichkeit erkaute über diese Auskunft richtete ich folgendes Schreiben an die Rgl. Polizei:

Lug ins Land, 1. Oktober 1892.

An die königliche Polizei-Direktion.

Auf mein neuliches Schreiben hin wurde mir heute im Polizeigebäude der Bescheid, daß auch der neuerdings von mir vorgelegte Anschlag nicht geeignet sei, an den Säulen angeschlagen zu werden. Da ich aber wünsche, mich dieses Ausdrucksmittels meinem Volke gegenüber zu bedienen, bitte ich, mir mittheilen zu wollen, aus welchem Grunde mein „Plakat“ nach Eurer Meinung ungeeignet ist, an den Säulen angeheftet zu werden, indem es nämlich mir selbst sehr geeignet erscheint. Weiter wurde mir geäußert, ich solle mich in meinen Schreiben der Polizei gegenüber nicht des familiären „Ihr“, Euer bedienen. Ich erwidere darauf, daß ich mich nicht nur der Polizei, sondern Jedermann — nicht zuletzt dem König gegenüber („Eure Majestät“ sagt Ihr wohl selbst) des „Ihr“, Euer bediene, das „Sie“ aber nur dann anwende, wenn ich eben von dritten Personen, nicht von zweiten, von ihnen, nicht von Euch spreche.

Heinrich Scham, vordem Budor genannt.

Auf dieses Schreiben habe ich bis heute, den 23. Oktober, keine Antwort erhalten. Trifft letztere bis zum 15. November nicht ein, so werde ich weitere geeignete Schritte thun. Ich will keineswegs drohen. Aber ich will dafür sorgen, daß meine Beiträgen in das Volk dringen, in das Volk, für das sie bestimmt sind; und ich wünsche hierin von Niemandem, auch nicht von der königlichen Polizei-Direktion in Dresden gehindert zu werden. . . .

\* Tallehrands Denkwürdigkeiten verursachen ihrem Herausgeber, dem Herzog von Broglie, fortwährend neue Ansetzungen. Einer der Hauptkampfbahnen, die dem fünfbandigen Werke die Echtheit bestreiten, ist Herr Aulard, Professor an der Sorbonne, der in diesen Tagen wieder in der Revue Bleue unter der Ueberschrift „Eine Frage an den Herzog von Broglie“ den Streit von einer neuen Seite eröffnet hat. Zur Erklärung für den Leser sei hier zunächst bemerkt, daß die Bürgerschaft für die Echtheit des Memoirenwerkes auf der Ehrenhaftigkeit zweier Personen ruht, von denen nur eine, der Herausgeber, am Leben ist. Ein Aufsatz von Tallehrands eigener Hand ist nicht vorhanden. Der weiland Bischof von Autun hat überhaupt nicht selbst geschrieben, sondern nur

bittet und später den Text korrigirt und wiederum abschreiben lassen. Diese Abschriften, die in verschiedenem Format und von verschiedenen Personen hergestellt waren, hat Herr de Bacourt, einer der Testamentsvollstrecker des kaiserlichen Kaiserthums, zum Gesamtwerk geordnet, zusammengezogen und abgeschrieben. Die Bürgerschaft des Herzogs von Broglie, der am Ende eines jeden Bandes sein Zeugnis niederlegt, daß der Inhalt authentisch und vollständig sei, bezieht sich auf die Abschrift Bacourts, den der Herausgeber für einen durchaus zuverlässigen Ehrenmann hält. Das ist der Punkt, wo die feindliche Kritik mit dem Herzog nicht einverstanden ist. Sie sucht bisher an dem Werke selbst aus inneren und äußern Gründen nachzuweisen, daß der Herausgeber das Opfer einer großartigen Fälschung geworden sei, und forderte vergeblich von ihm den unter den oben erwähnten Umständen unmöglichen materiellen Beweis der Echtheit. Bei der neuesten Wendung, welche die Polemik durch Aulards Beitrag in der Revue Bleue genommen, handelt es sich um ein anderes Werk Bacourts, den Briefwechsel zwischen Mirabeau und La Mard. In diesem Briefwechsel will ein neuer Forscher, Herr Flammernont, ganz bedeutende Fälschungen entdeckt haben. Professor Aulard weist auf einige dieser angeblichen Fälschungen hin und richtet an den Herzog von Broglie die Frage, ob es wirklich seine Ansicht sei, daß jemand, der sich so wenig scheute, sehr frei mit dem Briefwechsel zwischen Mirabeau und La Mard umzugehen, nicht fähig gewesen sei, Tallehrands Denkwürdigkeiten zu veröffentlichen und willkürlich zu behandeln. Man war einigermassen auf die Antwort des Herzogs gespannt. Der „Figaro“ hat ihm die Frage nochmals mündlich wiederholen lassen, und Herr von Broglie hat sich darauf ebenfalls mündlich folgendermaßen geäußert: „Herr Aulard verwechselt zwei ganz verschiedene Sachen: La Mard hatte eine große Sammlung von Schriftstücken bezüglich Mirabeaus zusammengebracht. Er war Mirabeaus Verräther und Freund gewesen, hatte aber keineswegs die Absicht, dieses ganze Material insgesammt zu veröffentlichen. Es war sein Plan, die Papiere zu ordnen und zu sichten und zur Grundlage eines Werkes zu machen. Der Zustand seiner Gesundheit gestattete ihm nicht, diese Arbeit zur Vollendung zu führen, und er vermochte die Aufgabe Herrn de Bacourt. Die Veränderungen und Kürzungen, welche nunmehr von den Kommentatoren hervorgehoben werden, können daher niemand überraschen. Bacourt hat niemals behauptet, daß er den vollständigen Briefwechsel Mirabeaus herausgegeben habe. Was dagegen die Denkwürdigkeiten Tallehrands anbelangt, so behauptet er ausdrücklich, daß die Abschrift authentisch und vollständig sei. Herr de Bacourt war aber ein sehr ehrenhafter Mann und der Lüge unfähig.“ Schriftlich und weiter auf die Polemik über die Echtheit wegen der Echtheit einzugehen, lehnt der Herzog mit dem Bemerkten ab, daß er in der Einleitung zum fünften Band in dieser Angelegenheit sein letztes Wort gesprochen habe.



**Produkten-Markt.**  
**Köln**, 17. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16,25, do. fremder loco 17,00, p. November 16,10, per März 16,55. Roggen hiesiger loco 15,75, fremder loco 16,75, per Novbr. 14,90, per März 14,75. Hafer hiesiger loco 15,75, fremder —, Mühlk. loco 56 00 per Nov. —, per Mai 53,50. — Wetter: Bedeckte.  
**Bremen**, 17. November. (Wörten = Schutzbezirk.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Fackelöl loco 5,65 Br.  
 Baumwolle. Steigend. Upland middl. loco 48 Pf., Upland Baski middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung per Nov. 47½ Pf., p. Dez. 47½ Pf., per Jan. 48 Pf., p. Febr. 48½ Pf., p. März 48½ Pf., p. April 48½ Pf.  
 Schmalz. Höher. Wilcox 47 Pf., Oleine Gröbern 48 Pf.



